

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse Nr. 2) und auswärts bei allen königlichen Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Metemeyer, in Leipzig: Jäger & Fort, S. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

# Danziger Zeitung.



## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

**London, 16. Mai.** In der gestrigen Unterhausung erwiderte Lord Palmerston auf eine Interpellation White's: Sobald die nordamerikanische Union die Blockade der Südhäfen, wodurch sie selber die Südstaaten als Kriegsführende anerkannte, aufhebe, falle die Nothwendigkeit der bisherigen Auerkennung durch andere Regierungen von selber fort.

**Zürich, 16. Mai.** Ein gestern erlassenes königliches Decret ordnet die Emission einer Anleihe von 425 Mill. Frs. an; der Zinsgenuss geht vom 1. Januar 1865 ab; die Emission soll theils durch Privatpersonen, theils durch öffentliche Subskription geschehen; für letztere werden in Italien 160 Millionen reservirt. Die Einzahlungen werden zehntelweise bis 1. October 1866 gemacht.

**Paris, 16. Mai.** Der Kaiser befindet sich seit dem 14. d. in Orléans. — Gestern fand eine Generalversammlung des Credit mobilier statt; die Dividende wurde auf 25 Fr. normirt; der Ueberschuss von 1,500,000 Fr. ist in den Reservefonds zurückgelegt worden.

## (W.T.A.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

**Aachen, 15. Mai.** Ihren Majestäten, welche auf allen Stationen ihrer Reise von Düsseldorf nach Aachen Seitens der Behörden und der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung auf das lebhafteste begrüßt waren, wurde bei ihrer Ankunft auf dem hiesigen Bahnhofe ein begeisterter Empfang bereitet. Die Vertreter des Königs der Niederlande, wie die Abgesandten des Königs der Belgier hatten sich zur Begrüßung auf dem Bahnhofe eingefunden. Gestern Abend besichtigten der König und die Königin unter stetem Zuruf der Volksmenge die glänzende Illumination. Während der Umfahrt waren fast alle Straßen elektrisch und bengalisch beleuchtet. Zur Abgangszeit der Depesche war aus Frankreich noch kein Vertreter des Kaisers in Aachen eingetroffen.

Bei der heute stattgehabten Huldigungsfeierlichkeit auf dem Rathhause erwiderte S. M. der König auf die Ansprache des Landtagsmarschalls ungefähr: „Es ist ein erhebendes Gefühl, der Vorsehung Dank bringen zu können für die glückliche Vergangenheit, welche seit einem halben Jahrhundert für die Rheinlande bestand. Die Vereinigung dieser Provinz mit Preußen hat große Vortheile nach allen Richtungen gebracht. Der Dank dafür gebührt meinen königlichen Vorgängern. Ich aber danke der Provinz für Alles, was sie bei dem heutigen Feste ausgesprochen hat und darbringt. Meine königliche Aufgabe wird sein, die glücklichen Zustände der Rheinlande zu fördern und hege ich das Vertrauen, daß dieses und in verfassungsmäßigem Zusammenwirken gelingen werde. Gott schütze Preußen!“

Die Legung des Grundsteins für die polytechnische Schule wurde durch ein heftiges Gewitter verzögert und endete erst nach 2 Uhr. Auf die Ansprache des Bauraths Cremer erwiderte S. M. der König: „Ich wünsche, daß dieses Werk der Stadt Aachen und der Rheinprovinz zum Ruhme und Gedeihen gereichen möge.“

**Riel, 15. Mai.** Die österreichische Corvette „Erzherzog Friedrich“ bleibt bis auf Weiteres hier.

**Wien, 15. Mai.** Im heutigen Privatverkehr fand in Galizien in Folge fortgesetzter Kaufordres aus Berlin sehr lebhaftes Geschäft statt. Alles Andere fest. Creditactien 185,70, Nordbahn 182,60, Oesterl. Loose 93,85, 1864er Loose 89,00, Staatsbahn 191,40, Galizier 214,50.

## Landtagsverhandlungen.

(Mönb. C.) 51. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. Mai.

In Betreff der Vorlage der Fischerei-Ordnung für den Regierungsbereich Straßburg wird, da mehrere Amendements eingegangen sind, beantragt, dieselbe an die Commission zurückzuverweisen.

**Abg. Birchow:** Das landwirthschaftliche Ministerium ist in der Redaction der Fischerei-Ordnung selten sehr glücklich, da — ich erinnere daran, daß wir schon einmal die Laichsperrezeit festgestellt haben — sich in § 34 des Gesetzes Entwurfs eine Stelle findet, die ich nicht habe ändern wollen, um der Regierung nicht vorzugreifen. Sie finden darin, daß Heringe, Hornschelke u. s. w. den Bestimmungen des betreffenden Paragraphen nicht unterworfen sind (Heiterkeit), was vom Standpunkt einer absolutistischen Regierung, die auch über die Natur ihre Herrschaft ausbreitet, immerhin charakteristisch ist, und was bei einer weiteren Verhandlung in der Commission geändert werden könnte. (Heiterkeit.) Vielleicht hat die Commission selbst den Zusammenhang der einzelnen Paragraphen nicht scharf genug im Auge gefaßt, denn noch vorgestern haben wir von dem Hrn. Referenten gehört, daß das Fischen an Sonn- und Festtagen durch keine Strafe belegt sei, während der § 53 auch diese Uebertretung mit Geldstrafe bis zu 30 R. belegt.

**Präsident Grabow:** Der Abg. Möller hat eine Redactions-Verbesserung zu dem letzten Alinea des § 34 dahin vorgeschlagen: „Für Heringe, Hornschelke, Laich, Schnepel (Heiterkeit), Dorsche, flunderartige Plattfische wird eine besondere Laichzeit nicht festgesetzt (große Heiterkeit) — Laich schon jetzt nicht festgesetzt.“ (Anh. Heiterkeit.)

Der Antrag auf Zurückverweisung an die Commission wird genehmigt.

Es folgt die Verathung über den Etat des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten. Die Einnahmen werden genehmigt. Zu den „fortdauernden Ausgaben“, „Besoldungen“ hat die Commission den Antrag gestellt: „Das Haus der Abg. wolle beschließen, zu erklären, daß die R. Staatsreg. nicht berechtigt ist, die den landwirthschaftlichen Vereinen gewährten Zuschüsse von der politischen Gesinnung der Beamten derselben abhängig zu machen.“

**Abg. v. Sauten-Larpschen** weist zunächst darauf hin, daß die Zuschüsse, welche den landwirthsch. Vereinen gewährt werden, auf Grund des Landes-Cultur-Edicts von 1811 ihnen zufließen. Dieses Edict habe die Bildung von landw. Vereinen angeregt, um die practischen Erfahrungen der einzelnen Landwirthe gegen einander auszutauschen und in Centralstellen zu sichten; die Salairung der Secretaire sollte aus den königl. Kassen getragen, die Organisation aber den Vereinen selbst überlassen werden. In Folge dieses Edicts wurden die landw. Vereine gebildet, deren Statuten zwar der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, deren Autonomie innerhalb dieser Statuten aber anerkannt ist und unzweifelhaft feststeht. Der General-Secretair solcher landw. Vereine hat eine sehr umfassende Thätigkeit zu entwickeln, so daß der Zuschuß, den er von der Regierung erhält, nur als ein geringes Entgelt für seine großen Leistungen zu betrachten ist. Die Staatsregierung hat die Verpflichtung, die Gelder, welche sie auf Grund des Landes-Cultur-Edicts verlangt und erhält, auch für diese Zwecke zu verwenden und nicht andere Zwecke hineinzuziehen. Der Herr Minister hat, wie der Reg.-Commissarius in der Commissions-Sitzung bemerkte, auf ihm „zufällig“ gewordene „anuliche“ Mittheilungen, — merkwürdig, daß eine amtliche Mittheilung „zufällig“ geschehen kann — also auf solche Mittheilungen, daß der General-Secretair des Opreuß. landw. Central-Vereins sich der Fortschrittspartei angeschlossen habe, dem Vorstande dieses Vereins unter dem 18. Sept. v. J. eröffnet, daß, wenn der bisherige General-Secretair bei Ablauf seiner Wahlzeit im Februar 1866 wiedergewählt worden sollte, der Herr Minister es für unzulässig erachten würde, zu dessen Gehalte aus Staatsmitteln etwas beizutragen. Der Herr Minister vindicire sich das Recht, die Bewilligung des Gehalts zu versagen, wenn der Verein eine ungeeignete Person wählen sollte. Seitdem das Landes-Cultur-Edict besteht, seit 1811, ist es nie einem Minister eingefallen, ein solches Recht in Anspruch zu nehmen; das verdanken wir erst dem Herrn Minister von Schadow, aber ich kann nicht umhin, zu bemerken, daß ich ein solches Verfahren der Staatsregierung für eine vollständig ungehörigste Anmaßung halte. Weshalb aber soll der General-Secretair, von dem die Rede hier ist, eine ungeeignete Person sein? Weil er mit der Fortschrittspartei gewählt hat. Der Reg.-Commissar sagt, eine extreme politische Richtung beeinträchtigt die Wirksamkeit des General-Secretärs. Nun, Ihnen ist es bekannt, daß die Staatsregierung jede Richtung, die ihr entgegensteht, für eine extreme hält. Wenn ein Beamter also an der Spitze eines Vereins steht, der eine andere Ansicht hat als das Ministerium, so ist ein Nutzen seiner Wirksamkeit nicht denkbar. Dem Gen.-Secretär liegt auch die Vertheilung und Bewilligung der Prämien ob und da die Partei des Herrn Ministers in der Provinz Preußen nur in ganz vereinzelten Bruchtheilen vorkommt, so ist es ganz natürlich, daß sich die Prämierungen nach diesen Zahlen verhältnismäßig richten, aber so lange der Central-Verein besteht, ist es noch nie vorgekommen, daß ein Aussteller gefragt worden ist, zu welcher Partei er gehöre; zu dieser Unrechtheit ist von unserer Seite nicht der Schatten eines Argwohns vorhanden. — Ueber den Gen.-Secretär bemerkte der Reg.-Commissar dann weiter, daß der Oberpräsident günstiger über seine Wirksamkeit in einem späteren Bericht sich ausgesprochen und der Hoffnung Raum gegeben habe, daß derselbe einer ihm abgegebenen Erklärung zufolge ein regierungsfeindliches Verhalten ferner nicht beobachten werde. Wie gesagt, der Mann hat weiter nichts gethan, als mit der Fortschrittspartei gewählt, was also soll seine Erklärung besagen? Entweder daß er seine bisherige Ueberzeugung ändern oder sein Stimmrecht aufgeben wolle. Ich weiß nicht, was er erklärt hat, und lasse diesen Punkt damit fallen, aber was bedeutet für die Provinz Preußen das Verfahren der Reg.? Mit Kleinem fängt man an, mit Großem hört man auf. Wenn man diesem Verfahren auf den Grund geht, dann bedeutet es den Ausschluß der ganzen Fortschrittspartei von den wirthschaftlichen Wohlthaten, zu denen wir die Gelder aus Staatsmitteln bewilligen. Der Hr. Minister hat durch seinen Commissions-Report die Fortschrittspartei für eine fanatische Partei erklären lassen, und wenn Sie bedenken, daß diese Partei in der Provinz Preußen alle Schichten der Bevölkerung umfaßt, so werden Sie zugestehen, daß mit dieser Partei die ganze Provinz Preußen von den wirthschaftlichen Wohlthaten, die mit den Geldern der Steuerzahler ermöglicht werden sollen, fortan ausgeschlossen sein würde. Und da will man sich wundern, daß in der Provinz Preußen der Gedanke, Steuern zahlen zu müssen, wenn man es nicht mit einer parteilosen, sondern mit einer — was soll ich ansetzen es zu sagen — mit einer von Parteifanatismus durchdrungenen Regierung zu thun hat, nicht sehr populär ist? Um eine einzige Wahlstimme zu kaufen oder vielmehr trocken zu legen, hat sich die Regierung entschlossen, Gelder, welche für bestimmte Zwecke bewilligt werden, für diese Zwecke nicht verwenden zu wollen. M. H., das ist die Sachlage; ich bitte Sie, für den Antrag der Commission zu stimmen. (Bravo.)

**Minister der landw. Ang. v. Schadow:** Ich bin nicht in der Lage, dem Vorredner auf alle seine einzelnen Angriffe gegen die Regierung zu antworten. Ich glaube, das behält auch gar nicht die hier vorliegende Sache. (Große Heiterkeit.) Die Entscheidung des landw. Ministeriums ist in der That nicht von den hier vorgebrachten Motiven geleitet gewesen, aber auf den Spezialfall einzugehen, muß ich mich enthalten, weil ich es für unrecht und gegen die gewöhnlichen Regeln der Courtoisie verstößend erachten muß, über Personen sich zu äußern, die im Hause nicht zugegen sind. Ich kann also nur über das Princip sprechen, über das allein es sich hier handelt, zumal der Spezialfall noch gar nicht zur Entscheidung gelangt ist. Das Cultur-Edict von 1811, auf welches die Commission ihren Antrag stützt, ist bis 1843 niemals zur Ausführung gekommen und auch gegenwärtig ist das, was im Cultur-Edict den landw. Vereinen versprochen worden, nur

zu einem ganz geringen Theile zur Ausführung gebracht worden. So geschieht es denn auch heute nur zum geringen Theile, daß die Salairung der Secretaire von landw. Vereinen aus der Staatskasse, welche im Edict denselben in Aussicht gestellt wurde, gewährt wird. Lange nicht der zehnte Theil der heute bestehenden landw. Vereine erhalten aus der Staatskasse diese Unterstützung. Es haben seit neuerer Zeit die Vereine in allen Provinzen vielfach eine veränderte Organisation erfahren. Es haben sich namentlich aus den Localvereinen Centralvereine gebildet und die General-Secretaire werden allerdings aus den zu diesen Zwecken disponiblen Staatsgeldern salairirt. Diese Staatshilfe aber wird in sehr verschiedenem Maße gewährt, von 200 bis 3, 4, ja bis 600 und 750 R., je nachdem die betr. Person bereits sonst ein ansehnliches Einkommen besitzt und immer unter der Bedingung, daß der Verein selbst mit seinen Mitteln den größten Theil der Besoldung trägt. Den Localvereinen ist aber bis jetzt noch keine Subvention von der Regierung bewilligt worden. Im Etat ist für diese Zwecke nur im Allgemeinen eine Summe zur Disposition gestellt. Ein bestimmter Zwang, wenn diese Subvention zuzuwenden sei, besteht also nicht und ich muß daher die Ansicht, als habe die Regierung die ihr übergebenen Mittel nicht zu dem vorgeschriebenen Zwecke verwendet, auf das Bestimmteste entgegentreten. Das Landes-Cultur-Edict stellt in Aussicht, die General-Secretaire zu besolden, das geschieht thatsächlich wenigstens theilweise. Wollte man aber deshalb behaupten, die Regierung müsse dem Secretär eines jeden Vereins, mag er als Beamter aufstellen, wenn er will, die nöthigen Mittel gewähren, so würde man zu weit gehen (Heiterkeit). Ich muß im Gegentheil diese Frage verneinen. Es wäre eine Anomalie von der Regierung zu verlangen, sie dürfe sich, wenn sie einen Beamten unterstützen soll, nicht vorher überzeugen, ob der Mann auch seine Schuldigkeit thut (Unruhe). Wenn er also seine Zeit auf Beschäftigungen verwendet, die ihn von der Landwirthschaft abführen und ihn nöthigen müssen, sie zu vernachlässigen, wenn er z. B. Politik treibt und politische Zeitschriften herausgibt u. s. w. (Allo), so würde es ganz unverantwortlich von der Regierung sein, einen solchen Manne jene Gelder zuzuwenden. (Große Unruhe). Ich wiederhole, ich halte es für eine Anomalie, für die mir eine Analogie nicht bekannt ist, daß die Regierung einem Beamten ein Gehalt giebt, ohne sich, wie man zu sagen pflegt, den Mann vorher anzusehen. Ich muß fest darauf beharren, daß die Regierung das Recht hat, die Gelder zu diesem Zwecke zu verwenden, wie sie es für angemessen findet. (Hört.) Es ist meinerseits von jeher mein eifrigstes Bestreben gewesen, politische Bestrebungen von der Landwirthschaft fern zu halten (Lebhafter Widerspruch). Mir ist kein Fall bekannt, wo die Regierung politischen Bestrebungen auf diesem Gebiete Vorschub geleistet hätte. (Gr. Unruhe). Ich bitte, mir einen solchen Fall namhaft zu machen. Das landw. Ministerium hat im Gegentheil mehr wie einmal Anlaß genommen, sein Bestreben, die Politik auszuschließen, zu beweisen (große Heiterkeit), damit kann aber gewiß nicht gesagt sein, daß sie nicht das Recht habe, sich um die Qualifikation des Mannes, um den es sich hier handelt, also auch um die politische Seite der Frage, zu kümmern. (Unruhe). Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag abzulehnen.

**Abg. v. Gottberg:** Zu und für sich ist gegen den Antrag der Commission nichts einzuwenden. Auch wir sind der Meinung, daß die politische Frage nicht ins Spiel kommen solle, denn gelegentlich könnte ein solches System, wenn es einmal ein liberales Ministerium giebt, auch gegen unsere Partei angewendet werden. Aber es handelt sich hier um ein Misstrauensvotum oder vielmehr Tadelvotum gegen das Ministerium in diesem bestimmten Fall, und deshalb sind wir gegen den Antrag. Die Regierung hat die Weiterzahlung des Zuschusses verweigert, weil der Gen.-Secretair mit Politik sich befaßt habe, und ich glaube, daß, wenn es irgend ein Gebot giebt, wo die Politik ganz ausgeschlossen sein muß, so ist es das für landw. Vereine. In diesen begreifen sich alle Parteien, die Mitglieder ihrer Commissionen sind aus allen Parteien gewählt, weil dem aber so ist, so soll man auch verlangen, daß der Gen.-Secretair sich möglichst unparteiisch in seiner Geschäftsführung halte. Das ist hier nicht der Fall. Der Gen.-Secretair hat sich der Fortschrittspartei angeschlossen, für diese gewirkt (Widerspruch links) und gewählt. Durch seine Stellung in und zur Fortschrittspartei hat er die conservativen Mitglieder des Vereins und ihre Interessen beeinträchtigt. Wenn der Hr. Abg. v. Sauten auf die Duldsamkeit der Fortschrittspartei hinweist, so bemerke ich, daß der conservative Director der Academie zu Waldau wegen dieser Gesinnung angefeindet wird und daß die Commission wiederholt auf dessen Entfernung angetragen hat, um ihn durch einen liberalen zu ersetzen. Wenn es sich also um einen liberalen Gen.-Secretair handelt, so soll er in seiner Stellung erhalten werden. Ich frage, wo da die Unparteilichkeit zu suchen ist?

**Abg. Dr. Bender** spricht sich zunächst über die Thätigkeit des General-Secretärs aus, dem Jeder das beste Zeugniß ausstelle. Man spricht von politischen Agitationen. Wir Liberalen in der Provinz Preußen haben unsere Gesinnung mit der Muttermilch eingesogen; bei uns braucht die Fortschrittspartei nicht erst zu agitiren und sie thut es auch nicht, am wenigsten in den landwirthsch. Vereinen, in welche der Hr. Minister erst eine politische Agitation hineingetragen haben wird, wenn er bei seinen Absichten beharrt. M. H.! Sollen wir constitutionelle Bürger oder gehorsame Diener der Willkür sein? Ich schätze die Interessen der Landwirthschaft hoch, aber höher steht mir die persönliche Ehre. Wir müssen den General-Secretair schätzen. Was der Herr Commissarius über politische Zwistigkeiten innerhalb der Vereine gesagt hat, ist nicht gerechtfertigt; ich finde in seiner ganzen Darstellung lediglich nur eine Verdächtigung der landw. Vereine. Schließlich kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß man



hier so recht deutlich steht, was das Regieren heißt, wenn ein Ministerium sich bloß auf eine kleine Minorität stützen kann. Regieren heißt dann nicht mehr die Geister führen, sondern mit allen Mitteln, und wären es die verzweifeltsten, sie niederdrücken, um der Regierung die Majorität zu erwerben. (Bravo.)

Minister v. Selchow: Die Erklärung meines Commissars ist vollständig aus den Acten geschöpft; es handelte sich nicht um einen einzelnen Verein, der aus dem Centralverein ausgeschlossen ist, sondern darum, daß sehr viele Anträge bei mir vorgelegen haben, einen neuen Central-Verein zu bilden, der eine Menge neuer Lokalvereine umfassen sollte, um auf diese Weise für jene Provinz ein Gegengewicht gegen die Bestrebungen der Fortschrittspartei in den übrigen landw. Vereinen herzustellen (hört! hört!), und daß ich darauf die Erklärung abgegeben habe, daß ich meine Hand nicht dazu bieten könne, diese politische Agitation in die landw. Vereine zu tragen. Das ist der Standpunkt, den ich stets und auch heute noch inne gehalten habe.

Abg. v. Sauten (Julienfelde): Ich kenne den Gen.-Secretär, um den es sich hier handelt, aus seiner geschäftlichen Stellung. Die von ihm herausgegebenen land- und forstwirtschaftlichen Zeitungen werden allgemein anerkannt, als Gen.-Secretär der Vers. deutscher Land- und Forstwirthe hat er eine Thätigkeit entwickelt, welche beinahe das menschliche Maas überschreitet und ich hatte geglaubt, der Mann würde von dem Hrn. Minister dafür eine Anerkennung oder Belobigung erhalten. (Hört! hört!) Als ich meine Verwunderung darüber aussprach, erst da sagte man mir in Königsberg: wundern Sie sich nicht, der Mann gehört zur Fortschrittspartei. Ja, der Mann treibt Politik, er verlegt die Feudalen dadurch, daß er einen Fortschrittsmann gewählt hat. Kann er, können wir denn unser Amt dadurch verlegen, wenn wir am Wahltag gewissenhaft stimmen? Was würde Hr. v. Gottberg sagen, wenn der Mann einen Feudalen wählte und die Fortschrittspartei deshalb seine Entlassung forderte? (Sehr richtig!) Ich habe es vermeiden wollen, Angriffe gegen die Regierung auszusprechen, so viel als möglich, aber die politischen Maßnahmen nach allen Richtungen hin gegen Leute, die im Amte stehen, wenn sie anders wählen als die Regierung es wünscht, nehmen in einer Weise überhand, daß alles Maß, das bisher in dieser Beziehung eingehalten ist, weit überschritten wird. Ich könnte Ihnen heute einen Fall nennen, ich will ihn aber nicht näher bezeichnen, der Sie alle auf das Tiefste ergreifen würde. Ich will nur anführen, daß ein Mann deshalb gemäßigter wurde, weil er seine amtliche Stellung mit Billigkeit und Gerechtigkeit geübt hatte, die Folgen aber dieser seiner Handlungsweise waren dem Justizminister unangenehm und in Folge dessen mußte er leider. Und weiter! Ich bin, seitdem der landw. Verein für Littauen und Masuren existirt, Mitglied dieses Vereins. Ich kann aus eigener Anschauung behaupten und jeder wird es bestätigen, daß er in der Provinz segensreich gewirkt hat. Eine solche Wirkung ist unmöglich ohne das Vertrauen der Mitbürger. Lesen Sie das Verzeichniß der Mitglieder, alle Schichten der Bevölkerung, der Reichste, wie der Armste, der Vornehmer, wie der Geringste in der Provinz haben sich an ihm betheiliget. Lesen Sie — und das richte ich speciell an den Herrn Minister — das Verzeichniß seiner Vorstands-Mitglieder. So viel politische Parteien in diesem Hause vertreten sind, so viel Männer von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken werden Sie in dem Vorstande finden. Der Verein aber besteht zu neun Zehnteln aus Fortschrittsleuten; wenn diese Leute trotzdem ihre entschiedensten politischen Gegner in den Vorstand wählen, dann dürfen Sie nicht sagen, daß der Verein Politik treibe (lebhaftes Zustimmung), dann hat er bewiesen, daß er seiner großen Aufgabe gewachsen ist. Das sachliche Interesse war stets die einzige Regel des Vereins, aber es schmerzt mich, daß der Herr Minister die in ihm herrschende Einigkeit mißlicher Weise untergraben wird. Ich spreche es hier offen aus; ich habe die Maßnahmen des Herrn Ministers in vielen Fällen mit Freuden begrüßt und ich sage ihm meinen Dank dafür. Er hat sich mit warmem Interesse den landw. Vereinen hingegeben und erkannt, daß er des Bindemittels der Vereine nicht entbehren kann, wenn er die Landwirtschaft fördern will. Verlangt er aber von uns, daß wir bei der Wahl des General-Secretärs auf die politische Stellung des zu Wählenden Rücksicht nehmen, dann trägt der Herr Minister eine Action in den Verein hinein und die Gegenaction wird nicht ausbleiben. Aber der Verein, davon bin ich fest überzeugt, wird totgelegt werden. Ich bitte den Herrn Minister dringend, von dieser Maßregel abzustehen, die für die Vereine ebenso verwerflich, wie im Allgemeinen sittlich verwerflich ist. (Lauter und vielstimmiger Beifall.)

Minister v. Selchow: Ich habe mit Freuden aus dieser Darlegung die erfolgreiche Wirksamkeit des Centralvereins für Littauen vernommen. Von dieser aber ist hier gar nicht die Rede gewesen. (Verwunderung.) Die Personen, um die es sich hier handelt, habe ich gebeten ganz fortzulassen (große Heiterkeit), da die Sache noch gar nicht zur Entscheidung gelangt ist, und ich glaube, es hätte dessen nicht bedurft, an die Regierung einen Antrag zu richten, wie sie sich für künftige Zeiten zu benehmen habe. Eine politische Agitation ist bis jetzt von Seiten der Regierung in dieser Angelegenheit ganz gewiß nicht geschehen.

Abg. Papendieck: Was die Leistungen des Gen.-Secretärs anbelangt, so hat der Centralverein dieselben durch eine bedeutende Gehaltserhöhung gewürdigt. Er bezieht jetzt 1300 R. Der Centralverein selbst ist in so erfreulicher Aufschwung begriffen, daß er jetzt 32 anstatt der früheren 23 Lokalvereine zählt. Der Hr. Minister müßte die Wirksamkeit dieses Vereins hoch anerkennen, wenn ihm die Culturzwecke wirklich so sehr am Herzen liegen. Sollte der Gen.-Secretär durch einen conservativen Mann ersetzt werden, so würde dies sehr zu beklagen sein, denn nichts wäre sicherer, als daß die liberalen Landleute von den Vereinen sich zurückziehen würden, weil sie sich sagen würden, daß es in der That um eine politische Agitation sich handle. (Bravo.)

Abg. v. Hennig: Ich frage Sie, welche Logik in den Auslassungen des Abg. v. Gottberg liegt. Jeder Mensch hat durch die Verfassung das Recht zu wählen. Wenn er dies nach der einen Seite thut, so kann er unmöglich auf der anderen Seite gleich als parteiisch erscheinen. Wird dies behauptet, so weiß ich nicht wie man das Wahlrecht aufrecht erhalten will, ohne die allergrößte Tyrannei auszuüben. Der Abg. v. Gottberg befindet sich ja selbst in einer Stellung bei welcher man von ihm behaupten könnte, er sei parteiisch (hört! hört!). Ein Landrath, der Amtsblätter und die Provinzial-Korrespondenz vertheilen muß, von dem kann man wohl sagen, daß er parteiisch ist, wie man dies aber bei der Stellung des Gen.-Secretärs begründen will, vermag ich nicht einzusehen. Ferner hat sich der Abg. erlaubt, die Kommission zu verächtigen, als verlange sie die Entfernung des Direktors der Akademie zu Waldau aus dem Grunde, weil

er ein Kreuzzeitungsritter sei. Das ist nicht der Fall. Im Kommissionsbericht ist gesagt, daß die Schülerzahl unter diesem Direktor von 48 auf 10 herabgesunken sei. Nun ein Beamter, der ein Staatsinstitut nutzlos macht, wird wohl entfernt werden müssen. Wenn die Politik hineingemischt ist, so ist dies von dem Regierungs-Kommissar geschehen, der da gesagt hat, die Gutsbesitzer wären alle liberal und wollten deshalb ihre Söhne nicht dem Institut anvertrauen (Heiterkeit). Dem ist aber nicht so, sie senden ihre Söhne nicht dorthin, weil sie der Ansicht sind, daß der Director nicht befähigt zur Leitung des Instituts sei und daß ihre Söhne dort nichts lernen würden (hört! hört!). Der Herr Minister hat es gewagt, den landwirtschaftlichen Vereinen die ihnen gesetzlich verbürgte Wahlfreiheit ihrer Beamten zu beeinträchtigen, im Sinne einer Partei, denn die Regierung ist ja nur eine Partei, es ist eigentlich keine Regierung (Heiterkeit). Das Strafgesetz verbietet ausdrücklich, Wahlstimmen zu kaufen, und was ist das Verfahren der Regierung anderes, als ein indirekter Kauf? Die Regierung ist nur auf einem Umwege dem Strafgesetz entgangen. Der Herr Minister sagt: Wir sollen keine Anträge für die Zukunft stellen. Wenn wir aber sehen, daß die von uns zu Landes-Culturzwecken bewilligten Gelder zu politischen Agitationen für das Ministerium benutzt werden, so müssen wir diese Gelder in Zukunft verweigern. (Bravo.)

Abg. v. Gottberg: Der Abg. v. Sauten-Julienfelde hat mich gefragt, ob ich eben so urtheilen würde, wenn der Gen.-Secretär für mich gestimmt haben würde. Ich habe immer die Ansicht ausgesprochen, daß die Politik von den landw. Vereinen fern gehalten werde, weil ich der Ansicht bin, daß ihre Wirksamkeit dadurch beeinträchtigt wird. Abg. v. Hennig hat meine Stellung als Landrath mit der des General-Secretärs verglichen. Der Unterschied liegt aber auf der Hand, da ich als Landrath die Befehle meiner vorgesetzten Behörde ausführe, also nur meine Pflicht thue.

Abg. Dr. Bichow: ersucht den Minister v. Selchow, den Wortlaut seines Erlasses an den landw. Centralverein mitzutheilen. Damit würde er allen Vorwürfen am besten begegnen und sich vor dem Lande rechtfertigen.

Minister v. Selchow: Was in dem Berichte Ihrer Commission enthalten ist, ist richtig; der Gedanke ist vollständig wiedergegeben, und ich habe nichts weiter hinzuzufügen, als die Wiederholung meiner Erklärung, daß die Regierung bei der Auffassung verharren wird, wenn sie einem Beamten Gehalt giebt, sich auch zu fragen, ob dieser Beamte ihr zusagt. (Murren.)

Der Antrag der Commission wird darauf mit sehr großer Majorität angenommen.

Zu den Bemerkungen der Commission, hinsichtlich der landwirtschaftlichen Akademie zu Waldau, ergreift das Wort der Abg. Wächler: Bei Gelegenheit der Besprechung dieses Instituts ist das Verhalten des Directors zur Sprache gekommen, und man kann aus dem Berichte die Motive nicht so entnehmen, daß es eines weiteren Eingehens darauf nicht bedürfte. Der Director der Anstalt heißt Wagener und ist der Bruder des Abg. Wagener. In Bezug auf denselben enthält der 2. Bericht der Untersuchungs-Commission den Grund, warum die Anstalt in Verfall gerathen ist. Bei derselben war der Dr. med. Senftleben auf Grund eines mit dem Director abgeschlossenen Vertrages, der von der Regierung nicht bestätigt war, angestellt. Kurz vor den letzten Wahlen erhielt dieser Arzt von dem Director Wagener ein Schreiben, worin derselbe das abgeschlossene Engagement, ohne den Dr. Senftleben protocolлярisch vernommen zu haben, aufhebt. Auf seinen Relaks an das Ministerium hat Dr. Senftleben den Bescheid erhalten, daß er in seiner bisherigen Stellung bei der Akademie zu Waldau nicht mehr geduldet werden könne, weil er, nach Anzeige des Directors, für die Wahlen der extremsten demokratischen Partei gewirkt habe. Dr. Senftleben hat versichert, daß er zu jener Zeit noch nicht gewußt habe, nach welcher Richtung hin er bei den bevorstehenden Wahlen wählen würde. Er habe allerdings mehrfach Schriften und Wahlauftrufe der demokratischen Partei zugesendet erhalten und diese dem Director Wagener, der damals krank von ihm ärztlich behandelt wurde und ihn um Lectüre bat, zum Lesen gegeben. (Heiterkeit.) Wagener habe demnach unter Mittheilung dieser Schriften gegen ihn denunziert. (Auf: psui! psui!) Ob ein so perfider Bruch des Vertrauens zwischen Arzt und Kranken stattgefunden hat, will ich nicht untersuchen, ich bemerke aber, daß der Commissionsbericht sich in den Händen der Behörde befindet und nicht widerlegt worden ist. Ich muß also die Versicherung des Dr. Senftleben für richtig halten. Daß der Director Wagener Denunziant beim Ministerium gewesen ist, geht aus den Acten hervor. Der Fall beweist, zu welchen Mitteln man greift, um auf die Gestattung der Staatsbürger einzuwirken. Da liegt denn auch der Grund nahe, warum die sog. freisinnigen Landwirthe ihre Kinder dieser Anstalt nicht anvertrauen wollen. (Sehr wahr!) Wenn es bekannt wird, daß der Director das Vertrauen seines Hausarztes in solcher Weise mißbraucht, kann man es den Eltern nicht verdenken, wenn sie ihre Kinder nicht in eine solche Anstalt bringen wollen. Sie können fragen, warum ich immer von Zeit zu Zeit mit der Untersuchungs-Commission hervortrete. (Heiterkeit.) Der Grund liegt darin: in der gegenwärtigen Zeit, wo wir von allen Seiten hören, welche Regierungskunst angewendet wird — selbst gegen Impfungen, von denen man fürchten könnte, daß sie den Kindern demokratische Pympe einimpfen (Heiterkeit) —, muß man dieselbe recht oft öffentlich zur Sprache bringen. Das ist gegen diese systematische Maßregel von oben das einzige Mittel und in dieser Beziehung könnten die Berichte der Untersuchungscommission ein Urkundebuch sein, welches leider nicht fortgesetzt ist, sonst würde es eine merkwürdige Urkunde bilden, um den zukünftigen Geschlechtern zu beweisen, unter welchem Drucke wir gelebt haben und dennoch im Stande gewesen sind, uns verfassungsmäßig zu bewegen. (Heiterkeit. Bravo.)

Minister v. Selchow: Es ist mir eben so wenig bekannt von den Thatfachen, die hier vorgetragen sind, als von den Untersuchungsacten, die ich nie gesehen habe, ja ich möchte beinahe sagen, es ist mir nicht einmal bekannt, von welcher Untersuchungs-Commission die Rede ist. (Große Sensation.) Was die Sache selbst betrifft, so ist mir nur so viel geschäftlich bekannt geworden, daß es sich um die Entlassung eines Arztes, nicht eines Beamten gehandelt hat, eines Arztes, den der Director auf Grund eines Contractes engagirt hatte und den er nach Ablauf des Contractes jederzeit entlassen konnte. Wenn hier eine spezielle Thatsache angeführt worden ist, die den Director mit Verdacht gegen jenen Mann erfüllt hat, so darf ich mich über diese Seite gar nicht auslassen, weil mir von der ganzen Geschichte kein Wort bekannt ist. (Widerspruch.) So viel ist mir bekannt, daß Director Wagener sich bisher durchaus als ein Ehrenmann von Charakter benommen hat (Heiterkeit) und er sich in seiner Stellung als Landwirth bei der Akademie zu Proskau und auch sonst überall

rühmlichst bewährt hat, so daß ich bis dahin keine Veranlassung gehabt habe, ihn von dort abzurufen, so sehr ich jetzt auch beklagen muß, daß die Anstalt selbst nur eine so geringe Anzahl von Schülern hat. Ich bin der Frage schon nahe getreten, ob, wenn das so fortgeht, die Anstalt nicht einzuziehen sei. Es kommt aber dabei in Betracht, daß der Provinz Preußen damit wahrscheinlich kein Dienst geleistet würde.

Abg. Dr. Möller: Der Herr Minister, der zugleich der Abg. v. Selchow ist, hat gesagt, daß er von der Untersuchungscommission des Abg. nichts wisse. Ich glaube, der Abg. v. Selchow hätte die Pflicht, sich von dem Gange der Verhandlungen des Hauses in Kenntniß zu halten und allbekannte Thatfachen nicht vollständig zu ignorieren. Ferner muß ich bemerken, daß die Papiere des Dr. Senftleben durch meine Hände gegangen sind und daß ich mich überzeugt habe, daß das Schreiben vom 25. October an denselben von dem Herrn Minister eigenhändig unterzeichnet ist (hört! hört!), was er jetzt ablegt. Dem Abg. Wächler muß ich bemerken, daß die von ihm angeführten Thatfachen allerdings buchstäblich wahr sind. Daß sie nicht dazu beigetragen haben, Achtung und Vertrauen gegen die Persönlichkeit des Directors Wagener zu erhöhen, läßt sich wohl denken.

Minister v. Selchow: Es scheint hier mir in der That ein Mißverständnis vorzuliegen. Ich habe niemals etwas im Abrede gestellt, was ich gesagt oder gethan habe, am wenigsten einen amtlichen Bericht. Auch das Verhältniß ist mir nicht unbekannt, daß der Arzt entlassen worden ist, wohl aber sind mir die Thatfachen unbekannt, die in den Acten der Untersuchungscommission liegen, und daß sie Veranlassung gegeben haben zu der Differenz zwischen dem Director und dem Arzt. Die Verfügung, welche ich in der Sache erlassen, werde ich niemals desavouiren. Ob ich die Pflicht habe die Untersuchungs-Commission zu kennen oder nicht, darüber bitte ich mir selbst das Urtheil zu überlassen.

Abg. v. Föhrbed: Die Commission hat nicht die Absicht gehabt, die Sache zu ändern, so lange das gegenwärtige Ministerium existirt; wir betrachten die Sache in Waldau ungefähr wie einen Mäusestich, oder Hagelschaden, wie ein vorübergehendes Unglück. (Heiterkeit.) Hiermit ist die Sache erledigt. — Abg. Graf zu Eulenburg nimmt den Antrag: „die Staatsreg. aufzuheben, an den Universitäten, so weit es noch nicht geschehen, Einrichtungen für den landwirtschaftlichen Unterricht zu treffen“, wieder auf. — Abg. v. Sauten-Tarputzen erwidert, daß man von dem Antrage Abstand genommen habe, weil es klar sei, daß die Regierung zu solchen neuen Stellen nur Personen heranziehen werde, welche in politischer Beziehung mit ihr harmonisiren. — Abg. v. Hennig: Man wisse, daß die Regierung — gerade bei Waldau — einen Mann an die Spitze gestellt habe, der vollständig unfähig sei, das Institut zu leiten. Man wisse auch, daß die Regierung in neuerer Zeit Universitätslehrer, die mit ausgezeichnetem Erfolge gewirkt hätten, lediglich aus politischen Gründen vom Amte entfernt habe. Er stimme deshalb gegen den Antrag. — Der Antrag wird abgelehnt. — Alle übrigen Anträge und Positionen werden angenommen.

Bei dem Etat der Gestüt-Verwaltung bemerkt Abg. Frenzel, daß die Regierung auch in diesem Ressort politische Rücksichten walten lasse: von dem Gute des Herrn Reitenbach-Blid n sei eine Gestüts-Station verlegt worden. Minister v. Selchow: Mit einem Steuerverweigerer, der in der Monarchie, wie in der Republik ein Verbrecher gegen die Staatsform sei, dürfe die Regierung nicht in Beziehung stehen. Er habe als verantwortlicher Minister (Heiterkeit) den Abbruch der Beziehungen für seine Pflicht erachtet.

Es folgt die Berathung über Petitionen. Die Beschwerde des ehemaligen Oberpostsecretärs Höpfer, der durch Disciplinar-Untersuchung seines Amtes entsetzt ist und das ihm während der Untersuchung zustehende und nicht ausgezahlte volle Gehalt in Anspruch nimmt, wird der Regierung überwiesen, ebenso eine Petition des B. Kuzler bei Reichenbach in Schlesien, der eine Schankconcession sucht. Es folgen die Petitionen der Stadtverordneten-Versammlungen zu Stettin, Charlottenburg, Reidenburg und Lippstadt, betr. die den Rechtsanwälten versagte Theilnahme an den Geschäften der Stadt-Vers. Die Commission beantragt, sie der Regierung zur Abhilfe und mit der Erklärung zu überweisen, „daß ebenso wie der Staatsministerialbeschluss vom 2. März 1851 auch die Rescripte vom 24. Februar 1851 und vom 23. April 1854 mit den bestehenden Gesetzen, namentlich mit der Cabinetsordre vom 13. Juli 1839 und mit den Bestimmungen der Städteordnung nicht im Einklang stehen.“

Abg. Becker (Dortmund) theilt mit, daß der Real-schul-Director Ostendorf in Lippstadt auf Betreiben eines Landraths aus der Stadt-Vers. habe treten müssen. Das Provinzial-Schulcollegium zu Münster nimmt eine eigene Stellung auch zu andern Fragen ein, die nicht unmittelbar zum Schulwesen gehören. Dafür folgendes Beispiel: Ein Herrenhaus-Mitglied schenkt der Gymnasial-Bibliothek zu Dortmund jährlich die stenographischen Berichte des Landtages und das Prov.-Schulcollegium hat es monirt, daß diese Berichte nicht eingebunden werden. (Hört! Heiterkeit.) Weßhalb aber diese Maßregel gegen Ostendorf? Weil er in die Kategorie der Mißliebigen gehört; oder das imponirt in den westlichen Provinzen nicht mehr. Wir alle haben darin ziemlich Erfahrungen gemacht und schon zu oft Wandelungen erlebt, um zu wissen, was es mit der Mißliebigen auf sich hat. Vor kaum einem Jahrzehnt gehörte für einen Beamten mehr politischer Muth dazu den Hof des Prinzen von Preußen zu besuchen, als heute mit der Fortschrittspartei zu stimmen. (Hört, hört!) Ja, m. H., als Herr v. Kleff-Negow noch Proconsul am Rhein war, da war es ein Reichen von außerordentlichem Muth, in das Schloß zu Coblenz zu gehen. Einer der wenigen Beamten, die den Muth dazu hatten, war der Geheim-Reg.-R. Spankeren, demnach wurde er Regierungs-Präsident in Arnberg, und als die neue Aera vorüber war, wurde er suspendirt, und Director Ostendorf ist Spankerens Freund. Das ist der Schlüssel zum Ganzen. Ich wollte, die Regierung ersparte sich diese Art zu regieren, es wäre besser für sie! Es mahnt mich am heutigen Tage, daran zu erinnern, daß es nicht immer so in unseren westlichen Provinzen ausgefallen hat. Die Bureaucratie, die heute am Rhein ihr 50-jähriges Dienstjubiläum feiert, das ist nicht diejenige, die vor einem halben Jahrhundert zu uns gekommen ist. Der große Mann, der Ober-Präsident Sad, hat uns ganz andere Dinge versprochen, als nachher, als die Schmalz-Gesellen aus Ruder kamen, gehalten worden sind (Heiterkeit). In einer Verordnung vom 1. Juni 1814 sagt der General-Gouverneur über das Polizei-Regiment, das er vorgeschrieben und das leider bis zur Stunde nur in einer andern Phase fortbauert: „Zwar wird allemal eine Totalreform der hier bestehenden Polizei-Verwaltung vorangehen müssen, wenn die guten Völkler des Niederrheins vielleicht der vorzüglichsten Wohlthat ihrer Wiedervereinigung mit Deutschland, einer im deutschen Geiste verwalteten und auf deutsche Liberalität gestützten Sicherstellung



und Wohlfahrtspolizei in ihrem ganzen Umfange zu genießen haben und recht lebendig von dem Contraste durchdrungen werden sollen, welcher zwischen zwei Regierungen stattfindet, von denen die eine sich zum Zwecke erhebt und die Unterthanen zu Mitteln herabwürdigt, die andere aber nur um des Glückes ihrer Unterthanen sich vorhanden glaubt u. s. w. Ferner sagt Sad in der Verordnungs vom 18. Juli: Der Contrast zwischen dem despotischen Verwaltungssystem des gestürzten französischen Tyrannen und den liberalen Regierungsgrundsätzen deutscher Fürsten zeigt sich nirgend vielleicht in grellerem Licht als da, wo von Aufklärung, Volksbildung und öffentlichem Unterricht die Rede ist. (Beifall)

(Schluß folgt.)

**Berlin, 15. Mai.** Aus Veranlassung der 50jährigen Jubelfeier der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen sind 114 Orden verschiedener Grade und 45 Allgemeine Ehrenzeichen vertheilt worden. Unter den Ersteren befinden sich 66 Beamte und 17 Geistliche beider Confessionen, Charakter-Erhöhungen wurden 37 verliehen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat den Zollvertrag des Zollvereins mit Oesterreich angenommen.

Der Ministerpräsident hat nicht, wie Anfangs bestimmt war, den König nach dem Rhein begleitet. Heute batte Hr. v. Bismarck eine Einladung des kaiserlichen Majors zum Jagd angenommen.

**Aus Nordschleswig, 11. Mai.** Dem „H. C.“ wird von hier geschrieben: Die Angaben der Altonaer Blätter hinsichtlich der Auswanderung zahlreicher dienstpflichtiger süd-schleswiger Mannschaften nach Amerika, aus Furcht vor der vermeintlich nahe bevorstehenden Aushebung zum preussischen Militärdienste, sind den hiesigen Dänenfreunden sehr willkommen gewesen. Sie agitiren in Folge dessen unter der Landbevölkerung gegen die Ordnung der jetzigen Zustände, da diese doch zu einem Anschlusse der Herzogthümer an Preußen führen müssen, und sie haben hierbei um so leichteres Spiel, als der Schleswig-Holsteiner beispielsweise in der dänischen Infanterie nur 16 Monate dienste, in der preussischen Militär-Einrichtungen eine dreijährige Dienstzeit fordern.

**München, 11. Mai.** Der König erließ, wie schon gemeldet, einen Generalpardon für alle 1849 in Folge des Ausstandes in der Rheinpfalz schuldig gewordenen Militärpersonen. Die Militärgerichte hatten damals 273 Personen theils zur Todes-, theils zur Zuchthausstrafe abgeurtheilt, von denen jedoch alle bisher begnadigt worden sind, mit Ausnahme von 16 Abwesenden, welche nunmehr gleichfalls straflos zurückkehren können. Der heute dem Landtage gleichzeitig vorgelegte Entwurf eines Amnestiegesetzes erstreckt sich nur auf die Angehörigen des bayerischen Staates. Gerichtlich erlassene, aber wegen Abwesenheit der Verurtheilten noch nicht zum Vollzuge gelangte Erkenntnisse bestehen noch gegen 98 und 102 Ankläger.

**Kolomea, 13. Mai.** Der Brand hat am östlichen Rande der Stadt gestern Abends endlich die Grenze erreicht. 450—500 Häuser sind eingeäschert. Alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, um einen Wiederausbruch des Brandes zu verhüten, da bei der noch überall vorhandenen Hitze alle Gefahr noch nicht vorüber ist. Das Unglück und der Schaden sind sehr groß; zumal wurde der ärmste Theil der Israeliten — an 800—1000 Familien — sehr hart getroffen.

**Frankreich, Paris, 13. Mai.** Die 360 Millionen, welche in dem kürzlich dem gesetzgebenden Körper vorgelegten Projecte für die außerordentlichen Bauten verlangt werden, vertheilen sich folgendermaßen: Für Wege und Brücken 95 Mill., für die Flüsse 63 Mill., für die Canäle 32 Mill., für die Seehäfen 135 Mill., für Wasser- und Ackerbau-Arbeiten 35 Mill.

**Amerika, New York, [Sewarab.]** Das letzte Bulletin, welches die Aertze Herrn Sewarab's ausgegeben haben, vom 28. April, lautet sehr günstig. In Gegenwart mehrerer Chirurgen ist heute Nachmittag mit bestem Erfolge eine Operation an der Kinnlade des Herrn Ministers Sewarab vorgeommen worden. Der Minister erholt sich rasch von seinen Wunden und fährt jeden Tag in Gesellschaft seines Hausarztes aus. In Herrn Friedrich Sewarab's Befinden ist in den letzten Tagen eine große Besserung eingetreten.

Die Behörden der Stadt Philadelphia sind vor einem Brandstiftungscomplotte gewarnt worden, dessen Existenz durch die Entdeckung eines sorgfältig ausgearbeiteten Planes bekannt geworden ist. Die Regierung, heißt es, habe in Erfahrung gebracht, daß eine Bande von 800 Verschworenen auf die Einschüchterung der bedeutenderen Städte im Norden ausgehe.

**Danzig, den 15. Mai.**

\* Gestern ist von hier aus eine von 300 Gefellen und Fabrikarbeitern unterzeichnete Adresse an den amerikanischen Gesandten in Berlin Herrn Judd abgegangen, in welcher die Unterzeichner ihre warmsten Sympathien für den ermordeten Präsidenten Lincoln aussprechen.

Ein ca. 22 Jahre alter Steuermann, der auf einem im Hafen liegenden Schiffe mit Raden beschäftigt war, fiel am 13. von einem über die Balken des Mitteldecks gelegten Brette mit dem Hintertopfe so unglücklich auf den Kielbalken im Unterraum des Schiffes, daß er benimmungslos liegen blieb. Er kämpfte lange mit dem Tode und starb erst Nachts 1 Uhr. Der sogleich herbeigeholte Arzt konnte dem Unglücklichen nicht helfen.

**Marienwerder, 14. Mai. (G.)** Der in diesen Tagen hier zusammengetretenen diesseitigen kreisständischen Klassensteuer-Reclamations-Commission haben, wie wir hören, nicht weniger als fünfhundert Reclamationen der Kreiseingesessenen gegen Ueberbürdung an Klassensteuer zur Begutachtung vorgelegen.

\* Der heutige „Staatsanzeiger“ bringt die amtliche Notiz von der Ernennung des Gymnasiallehrer Henste in Marienwerder zum dortigen Regierungs- und Schulrath.

**Elbing, 15. Mai. (M. C. A.)** In der heutigen General-Versammlung der Corporation der Kaufmannschaft wurden die Herren E. Zimmermann, E. Levinson und Julius Eub zu Aeltesten, Herr Theodor Koblenz zum Stellvertreter erwählt. — Gestern Abend verunglückten drei junge Leute bei einer Kahnfahrt von Löwenst. Einer derselben wurde getödtet, die beiden andern extrant.

**Strasburg, 15. Mai.** Der Zeitungskrieg, den der frühere Landrath v. Young gegen den Abgeordneten v. Hennig-Plonchott und die Finanz-Commission des Strasburger Kreises führte, hat seinen Abschluß erhalten. Der „Grand-Ges.“ veröffentlicht folgende „Erklärung. Die unterzeichneten Mitglieder des Kreistages fühlen sich unter Hinweisung auf die von dem früheren Landrath v. Young im vorigen Jahre durch öffentliche Blätter über die Verwaltung der Kreis-Finanz-Commission gezeichneten Veröffentlichungen gedrungen, bekannt zu machen, daß die königl. Regierung das gesammte Rechnungswesen einer gründlichen Revision unterworfen hat, und daß das Resultat ein solches gewesen, daß der Kreistag in heutiger Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt hat, sämtliche Rechnungen zu dechargiren und den Herren Mitgliedern der bereits aufgelösten Finanz-Commission: Rittergutsbesitzer Krieger-Karbowe, Abramowski-Schweb, v. Hennig, früher auf Plonchott, für ihre im Interesse des

Kreises geführte Verwaltung Dank zu sagen. Auch erklären die Unterzeichneten, daß die gedachten Herren Mitglieder der Finanz-Commission nach wie vor ihr ungetheiltes Vertrauen besitzen. Strasburg, 12. Mai 1865. Diener. F. Freudenfeld. F. Sinfarra. Rudow. Land. v. Ossowski. C. Hennig. v. Pyskowski. Jüngling. Braun. v. Kayserling. v. Mieczkowski. v. Kawaczynski. Weber. v. Hennig-Dembowalont. v. Wybicki-Dzierzno. M. Hermes. Pätzsch. Kofka. J. Vogel. v. Karwatt. W. Freudenfeldt. Dopatka. Schmelzer. Borchmann.

**Königsberg, 16. Mai. (R. H. B.)** Wegen verweigerter Gebühresteuer wurde dem Kaufmann Herrn Weber, Altst. Markt Nr. 13, ein Spiegel und ein Sopha abgepfändet. — Die musikalische Academie wird hierorts während der Tage des 7., 8. und 9. Juni ein Provinzial-Musikfest veranstalten, woran sich Sänger aus Elbing, Pillau, Braunsberg, Wehlau u. a. D. betheiligen werden.

**Gumbinnen. (V. u. B. J.)** Der Civil-Supernumerar Schatz ist nachjähriger Dienstzeit wegen Verlegung des Amtsgeheimnisses von der Gumbinner Regierung entlassen, da er aus den Acten mitgetheilt haben soll, daß laut höherem Befehl die Regierung die der Magistratskasse hier entnommenen 550 % zurückzahlen solle.

### Handelsrecht.

Von der bereits mehrfach von uns erwähnten Zeitschrift „Central-Organ für das deutsche Handels- und Wechselrecht“ ist inzwischen bereits das zweite und dritte Heft des 1. Bandes der neuen Folge erschienen. Von den in diesen beiden Heften enthaltenen theoretisch-praktischen Abhandlungen nennen wir folgende: „Der Kaufcontract nach den Bestimmungen des a. d. Handelsgesetzbuches“ vom Stadtgerichtsrath Dr. Wolff in Frankfurt a. M., „Die Art. 347 bis 349 des H.-G.-B. beziehen sich nur auf die mangelhafte Qualität, nicht auf einen Mangel an der Quantität der Waare“ vom Stadtrichter Koch in Danzig, „Ueber die Beweislast beim Verkauf nach Probe im Geltungsbezirke des A. Preuss. Landrechts“ vom Kreisrichter Lefse in Thorn, „Der § 269 des Preuss. Strafgesetzbuchs und die Firmenvorschriften des a. d. H.-G.-B.“ vom Gerichts-Assessor Dr. Fischer in Berlin, „Der Correspondenz-Kreber nach den Bestimmungen des a. d. H.-G.-B.“ vom Commerz- und Admirals-Rath Jepsen in Danzig, „Sind Producenten-Kaufleute?“ vom Gerichts-Assessor Fischer, „Der Wechselschuldner ist berechtigt, auch von dem den Wechsel zur Zahlung präsentirenden Notar oder Gerichtsbeamten zu fordern, daß sich derselbe als zur Nüchternleistung befugt legitimire“, vom Consistorial-Assessor Linde in Glauchau.

Außerdem enthält jedes Heft ungefähr 50 praktische Rechtsfälle aus dem Gebiete des Handels- und Wechselrechts, darunter mehrere von den hiesigen und von Gerichten unserer Provinz.

### Dr. Mohr.

Oberingelheim. (Groß. Heffen.) Am 9. Mai wurde Präsident Dr. Mohr beerdigt. Eine sehr große Anzahl von Freunden des Verstorbenen kam fern und nah folgte dem Sarge. Der deutsch-katholische Prediger Hieronymus hielt eine ergreifende Rede. Hierauf sprach der Vicepräsident der 2. Kammer über das Waisen und treue Festhalten des Verstorbenen an der Sache der Freiheit. Mohr war eine aus dem Volke hervorgegangene kernige, zähe Natur, mit großen Geistesgaben ausgestattet, ganz geschaffen zum Volkstribun nach antiker Weise. Geboren im J. 1788 in einem Dorfe des Hunderbüdens, hütete er als Knabe die Herde und versenkte damals schon seinen Geist in die Lectüre, seine Bücher in einem hohlen Baume aufbewahrend. Später arbeitete er auf dem Bureau eines Bürgermeisters und Notars. Die napoleonische Kriegszeit brachte ihn in die hertulischer Körperfülle ausgestatteten Jüngling in die Reihen der französischen Armee, worin er bald bis zum Hauptmann avancirte. Er kämpfte in Spanien wie in Rußland, wo er in Gefangenschaft für die Dauer von fast 2 Jahren gerieth. Nach seiner Heimkehr studirte er in Gießen und Heidelberg die Rechtswissenschaft. Seine weitere Laufbahn eröffnete ihm bald bedeutende Ausichten. Er wurde zum Substituten des Staats-Procurators, dann zum Fiscalanwaltschaft ernannt, und endlich zum Vicepräsidenten des Mainzer Kreisgerichts. Seine Wiffamkeit als Richter bildete einen neuen Wapenpunkt seines Lebens. Mohr erklärte nämlich als Richter mehrere von dem Ministerium du Thil erlassene Verordnungen für verfassungswidrig, sonach ungültig und wurde in Folge dessen in Ruhestand versetzt. Mohr lebte von jetzt an in ländlicher Beschäftigung auf seinem hiesigen Gute. 1846 trat er in das deutsche Parlament, folgte nach Stuttgart und hielt fest als einer der Vorkämpfer der Parlamentsfrage. Bei der Sprengung des Knapfparlaments war er nebst Uhlend großer Gefahr ausgesetzt. Das Jahr 1849 brachte ihn zu Mainz in Gefangenschaft für längere Zeit wegen angeblichen Hochverrats. Nach seiner Freiprehung durch das Schwurgericht trat er in die zweite Kammer, deren Präsident er bei der Steuerverweigerung war. Bei seinem Tode war er ebenfalls Mitglied der zweiten Kammer. Seine Wiffamkeit seit 1848 gehört der deutschen Geschichte an. Er starb kinderlos in den Armen seiner an Geist und Gemüth ihm ebenbürtigen Gattin. (Fr. 3.)

### Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Mai 1865. Aufgegeben 2 Uhr 25 Min.

Angelommen in Danzig 4 Uhr 30 Min.			
Roggen behauptet loco	37 1/2	37 1/2	37 1/2
Mai	37 1/2	37	37
Mai-Juni	37 1/2	37	37
Rübböl Mai	12 1/2	12 1/2	12 1/2
Spiritus do.	13 1/2	13 1/2	13 1/2
5 % Pr. Anleihe	105 1/2	105 1/2	105 1/2
4 1/2 % do.	102	102	102
Staatsanleihe	90 1/2	90 1/2	90 1/2

**Hamburg, 15. Mai.** Getreidemarkt ruhig. Weizen Mai-Juni 5400 Pfund netto 94 Bancothaler Br., 93 1/2 Gd., 77 Sept.-Oct. 102 bez., Br. u. Gd., fest. Roggen Kräh. 5100 Pfd. Brutto 80 Br. u. Gd., 77 Sept.-Oct. 69 Br. u. Gd. Ab Danzig 77 Sept. u. 63, 77 Mai zu 68 — 57 offerirt. Del stille, Mai 28 — 27 %, Oct. 27 % — 27 %. Kaffee ruhig Zink 3000 Lk. loco, 1000 Lk. 77 Mai-Juni 13 %, 2000 Lk. 77 Juli-Aug., 500 Lk. P. H. 13 1/4. **Amsterdam, 15. Mai.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen loco fest, auf Termine matter. Raps Oct. 76 1/4. Rübböl Herbst 41 1/4.

**London, 15. Mai.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen 1s theurer, fremder unverändert. Gerste und Hafer 1/4s billiger. Bohnen und Erbsen 1s höher. Wetter veränderlich.

**London, 15. Mai.** Consols 89 1/4. 1 % Spanier 39 1/4. Sardinien 79. Mexikaner 26 1/4. 5 % Russen 90 1/4. Neue Russen 89 1/4. Silber 60 1/4. Türkische Consols 48 1/4 exl. div. 6 % Ver.-St. 77 1882 64 1/4.

Der Bestindien-Dampfer „Tasmanian“ ist mit einer Baarfracht von 879,265 Dollars in Southampton eingetroffen. Liverpool, 15. Mai. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Markt fest.

Amerikanische 14, fair Dhollerah 10 1/4, middling fair Dhollerah 9 1/4, middling Dhollerah 8, Bengal 6, Scinde 6 1/4, Domra 10 1/4, Bernam 13 1/4, Egyptische 13 1/4, China 8 1/4.

Paris, 15. Mai. 3 % Rente 67, 70. Italienische 5 % Rente 66, 05. 3 % Spanier —. 1 % Spanier 39. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 447, 50. Credit-mob.-Actien 790, 00. Lomb. Eisenbahn-Actien 551, 25. — Die Börse war fast geschäftslos, aber ziemlich fest.

**Danzig, den 16. Mai.** Baupreise.

Weizen gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt, 120/3 — 125/26 — 128/29 — 130 3/4. von 56/60 — 62/65 — 67/70 — 72/75. —; alter schwerer 130/2 — 133 1/2. von 77 1/4/80 — 83/84. —; und darüber nach Qualität und Farbe. Alles 77 1/2 %.

Roggen 120/124 — 126/128 % von 40/41 1/2 — 42 1/2/43 1/2 % 77 1/2 %.

Erbsen 52 1/2/55 — 57 1/2 % nach Qualität.

Gerste, Name 106 — 110/12 1/2. von 33 — 34/35/36 %.

do. große 110 — 118/119 1/2. von 34 — 36/37 %.

Hafer 28 — 30 %.

Spiritus 14 % 77 8000 % Tr.

Getreide-Börse. Wetter: schön, Mittags Gewitterregen. Wind: S.

Gute Kaufkraft und unveränderte Preise bei einem Umsatz am heutigen Markte von 500 Lasten neuem und 130 Lasten altem Weizen. 126 % Sommer 77 390, 125/6 % hellfarbig 410, 128 % und 129/30 % bunt 412 1/4, 415, 126/7 % hellbunt 420, 127 % hellbunt 425, 130 % feinhunt 430, alt 130 1/4 % bunt 475, 13 1/3 % hochbunt 490. Alles 77 1/2 % — Roggen flau, 123/14 % 245, 126/7 % 252 1/4 % 77 81 1/2 % — Weizen 390. Spiritus 14 %.

**Neufahrwasser, den 15. Mai 1865.** Wind: Süden.

Angelommen: Turner, Eugenia, Swinemünde; Pole, Stettin, Stettin; beide mit Ballast. — Olsen, Emanuel, Carlstrone; Aundsen, Aurora, Rostöbing; beide mit Theer.

Gesegelt: Anderson, Georg Edward, Hull; Kjaest, Peter Krafft, Carlsby; Orgel, Arnold, London; Värde, Mathilde, Treport; de Jonge, Maria, Petersburg; Papist, Präsident v. Blumenthal, Plymouth; Brandt, Sophia, Hull; Bartholomäus, Triton, Hull; Behrend Germania, Sanderland; Bischoff, Industrie, Amsterdam; Geved, Fairy, Grimshy; Klamp, Friedr. der Große, Portsmouth; Vnie, Jupiter, London; sämtlich mit Holz. — Bonk, Sophia, Grönningen; Sievers, Sophia, Christiania; Willarsen, 2 Soefire, Bergen; Bräse, Bordeaux (S.D.), Rotterdam; Sutherly, Starling, London; Beckmann, Provincie Drenthe, Grönningen; Amundsen, Linea; Anderson, Vassa; Harding, Vienne; alle nach Norwegen; sämtlich mit Getreide.

Von der Rade eingekommen: Sr. M. Corvette „Gazelle“.

Den 16. Mai. Wind: Süden.

Angelommen: Mäc, Alma, Carlstrone; Jens, Ida, Rendsburg; Williams, Ellen, Stettin; Kreusfeldt, Amazone, Laboe; Jvons, Theodore, Kiel; sämtlich mit Ballast.

Gesegelt: Radmann, Mina, Paimboef; Stroesen, Maria, Varel; Ripp, Malwine, Lübeck; Mulach, Mathilde, Pembroke; Rothbarth, Friedr. Wilhelm, Bremerhafen; Mathiesen, Prinzess Caroline Amalie, Grimshy; Hinz, Paul Gerhard, Grimshy; Kjaest, Carl Richard, Guernsey; Teglass, Johanna, Liverpool; sämtlich mit Holz. — Smith, Sweet Home, Lüth; Dagemann, John, Geste; Malenow, Mina, Stettin; Thormählen, Helene, Bremen; Wolmann, Atonis, Bremen; Ellis, John Ellis, Larne; Cornhill, Panah Park, London; sämtlich mit Getreide.

Ankommend: 4 Schiffe.

**Thorn, den 15. Mai 1865.** Wasserstand: + 3 Fuß 8 Zoll.

Strom auf:

Von Danzig nach Warschau: Turner, Reht u. Co., Alkali, Maun. — Kast, Schilla u. Co., Maun. — Derj, Schönbeck u. Co., Walzblei u. Reis.

Von Danzig nach Warschau u. Wloclawel: Turner, Hausmann u. Krüger, die Güter.

Strom ab: 2 Schff.

Rothenbücher, Fajans, Wloclawel, Stett., Pa-

derstein, 31 15 Kg.

Hempel, Ders., do., do., Ders., 37 30 do.

Priglow, Ders., do., do., Ribbed u. Libbert, 67 30 do.

Grajewski, Krause, do., Danzig, Rix, 23 — W.

Schwartz, Unger, do., do., Steffens S., 34 — do.

Grajewski, Warschauer, do., do., Dies., 35 — do.

Stawiski, Cohn, do., do., Dies., 30 — do.

Schmidt, Fajans, do., do., Dies., 32 — do.

Bellin, Neumann, do., do., Dies., 30 — do.

Mixed, Warschauer, do., do., Wese, 30 — Kg.

Nachtigall, Kupfeld, do., do., Goldschmidt S., 30 — do.

Drozowski, Warsop, do., do., Dies., 31 — W.

Löpfe, Gielzynski, do., do., Gielzynski u. P., 24 — Erbf.

Topolewski, Fogel, Pultusk, do., Köhne, 15 L.

Guba, Wundsch, Walewske, do., Bischoff, 16 28 Kg.

Schwarz, Ders., do., do., Ders., 29 40 W.

Schleifen, Krehmann, Wille, Stettin, Krehmann, 968 St.

h. P., 2166 St. m. P., 65 L. Fakh.

Jagwer, Ingwer, Ulanow, Danzig, 425 St. m. P.

Summa: 297 L. 41 Schff. W., 212 L. 43 Schff. Kg., 24 L. Erbsen.

Verantwortlicher Redacteur H. Riebert in Danzig.

**Meteorologische Beobachtungen.**

Barom. Stand in Par. Lin. Therm. im Freien. Wind und Wetter.



